



# BASEL

— DIE NORDWESTSCHWEIZ —

Sinfonieorchester Basel  
**Mit dem Gratis-Bus ins Sinfoniekonzert**  
  
 www.sinfonieorchesterbasel.ch



**Ausland** Berlusconi zu vier Jahren Haft verurteilt  
 Mailänder Gericht spricht den Ex-Premier der Steuerhinterziehung schuldig. **Seite 8**



**Sport** Federer im Eilzugtempo weiter  
 Keine Chance für Père – Freude hingegen bei den regionalen Tennisclubs. **Seite 13, 14**



**Baselland** Daniel Marti ist Olympiasieger im Kochen  
 Der 39-jährige Brislacher gewann mit seinem Militär in Erfurt. **Seite 35**



KEYSTONE

## Dionne Warwick eröffnet die Avo Session in Basel

Die amerikanische Star-Chanteuse Dionne Warwick trat gestern als erster Hauptact der diesjährigen Avo Session auf. Im Gespräch mit der bz blickte die 71-Jährige vor ihrem Auftritt auf die Karriere zurück, die seit

ihrer ersten Single-Veröffentlichung nun schon 50 Jahre andauert. Dieses halbe Jahrhundert Bühnenpräsenz wollte sie aber nicht überbewerten: «Das macht mich noch lange nicht zu einer Legende.» (BZ) **Seite 39**

## Erste Investition in Salina Raurica

**Standortpolitik** Coop baut für 300 Millionen Franken ein neues Produktionszentrum

VON M. ECKLIN UND M. NITTAUS

Dem Kanton Baselland ist es gelungen, einen ersten Investor nach Salina Raurica zu locken. Es handelt sich um Coop Schweiz. Der Grossverteiler vereinigt auf 80 000 Quadratmetern bei der Autobahnausfahrt Pratteln drei Produktionsbetriebe unter einem Dach. Zwei davon ziehen innerhalb Prattelns um. Einen versetzt Coop aus dem Kanton Zürich nach Salina Raurica. Von den 500 Arbeitsplätzen am neuen Standort sind 250 neu im Kanton. Insgesamt investiert Coop rund 300 Millionen Franken in Salina Raurica.

Zwei Jahre hat der Kanton gesucht, bis er Coop als ersten Investor gefunden hat. Bei einer Fläche von 80 000 Quadratmetern beansprucht jeder der 250 neuen Arbeitsplätze 320 Quadratmeter des «Filetstücks» Salina Raurica. Gemäss Coop werden sich rund 20 Prozent der Angestellten mit Logistik beschäftigen, 80 Prozent aber mit Produktion. Das passt laut Regierungsrätin Sabine Pegoraro zur Strategie des Kantons, Firmen «mit mittlerer bis hoher Wertschöpfung» nach Salina Raurica anzuziehen.

Die Vorsteherin der Bau- und Umweltdirektion stellt weitere Investo-

ren für Salina Raurica in Aussicht. Um wen es sich handelt, will sie nicht sagen. «Es handelt sich um Firmen in der Grössenordnung von Coop», verrät sie.

Der Baselbieter Wirtschaftsförderer Thomas de Courten sieht in der Ansiedlung eines ersten Investors ein Verkaufsargument, um weitere Unternehmen nach Salina Raurica zu holen.

### Kritik an der Wertschöpfung

FDP-Landrat und Wirtschaftskammer-Direktor Christoph Buser liess es sich nicht nehmen, der gestrigen Präsentation direkt beizuwohnen. Für ihn zieht mit Coop allerdings nichts anderes als ein «Edel-Logistiker» nach Salina Raurica. Dementsprechend enttäuscht zeigt er sich von der langjährigen Investoren-Suche der Regierung. Buser vermisst ein umfassendes Arealkonzept. Auch ist er sich sicher, dass durch verdichtetes Bauen attraktivere Firmen angelockt werden könnten. Pegoraro kann die Kritik ihres Parteikollegen nicht nachvollziehen. Es sei nun einmal Tatsache, dass etwa Life-Sciences-Unternehmen stadtnäher bauen wollten.

**Seiten 11, 25, 33**

## «Eidgenössisches» kommt 2022 in die Region

Das Eidgenössische Schwing- und Älplerfest kommt zu Besuch: Im Jahr 2022 sind die beiden Kantonalverbände Baselland und Basel-Stadt am Zug. Zwar haben sie bis dahin noch zehn Jahre Zeit: Das Fest, das in der Regel rund 200 000 Zuschauer anlockt, muss aber gut organisiert sein. Daniel Dreier, der Präsident des Nordwestschweizer Schwingerverbands, verspricht, das «Eidgenössische» demnächst an einer Vorstandssitzung zu thematisieren. Ungeduld macht sich bei den Kantonalverbänden trotzdem breit. «Meiner Meinung nach sollten nun erste Pflöcke eingeschlagen werden», drängt etwa Basels Ehrenpräsident Heinrich Liechti. (BZ) **Seite 27**

## Wochenkommentar zu den Zukunftsvorstellungen der Universität Basel

### Die finanzielle Realität setzt Grenzen



VON THOMAS DÄHLER

■ **ES GEHÖRT** zu den vornehmen Aufgaben des Rektors der Universität Basel, Szenarien zur Zukunft der Hochschule der beiden Basel zu entwerfen. Diese

Szenarien sollten allerdings auf dem Boden der Realität bleiben. Die Realität hat vor allem einen finanziellen Rahmen. Die Universität Basel wird in absehbarer Zukunft nicht auf höhere finanzielle Aufwendungen durch die beiden Trägerkantone bauen können. Im Gegenteil: Die Kosten sollten in der Tendenz nicht steigen, sondern sinken. So zumindest möchte es der Kanton Baselland als einer der beiden Trägerkantone.

**IM RAHMEN** des Entlastungspaketes, mit dem sich der Kanton Baselland rigorose Sparvorgaben gegeben hat, möchte der Landkanton die Staatsverträge mit Basel-Stadt überprüfen, darunter auch die gemeinsamen Verpflichtungen gegenüber der Universität. Die Stadt wird jedoch kaum vom paritätischen Schlüssel bei der finanziellen Beteiligung an den Universitätskosten abrücken wollen.

Wenn der Kanton Baselland weniger Mittel für die Universität Basel aufwenden will, muss er sein Mitspracherecht wahrnehmen und bei der Universität auf neue Einnahmen oder geringere Kosten pochen.

**VOR DIESEM HINTERGRUND** erstaunt es, dass Rektor Antonio Loprieno vor Wochenfrist höhere Studiengebühren für Ausländer kategorisch ausgeschlossen hat.

Loprienos Hinweis, der Bund habe aus arbeitsmarktpolitischen Gründen ein Interesse an ausländischen Studierenden, befremdet. Solange der Bund die Finanzierung der ausländischen Studierenden den Universitätskantonen aufbürdet, sollte er sich auch materiell nicht in die Diskussion einmischen. Der enge finanzielle Rahmen der Kantone spricht dafür, dass die ausländischen Studierenden oder ihre Herkunftsländer einen höheren Anteil an den Kosten als heute tragen. Die beiden Basel wären nicht die ersten Kantone mit unterschiedlichen Gebühren für Schweizer und Ausländer.

**INS REICH** der unerfüllbaren Wünsche gehören auch die Ausbaupläne

der Universitätsleitung. Basel braucht weder eine neue Architektur fakultät noch einen Ausbau der philosophisch-historischen Fakultät. In Basel gibt es bereits eine Architekturfiliale der ETH und in Muttenz ein Architekturangebot der Fachhochschule Nordwestschweiz. Im Falle der philosophisch-historischen Fakultät rechtfertigen

### Die Kosten sollten nicht steigen, sondern sinken.

weder die Berufschancen noch der besondere Leistungsausweis eine Aufspaltung in mehrere Fakultäten.

Auch in Zukunft kann die Universität Basel nicht mit einer Ausweitung des finanziellen Rahmens rechnen. Gelder sind entsprechend an einen Leistungsausweis der einzelnen Fachrichtungen zu binden und einem inneruniversitären Wettbewerb auszusetzen. Heute und in Zukunft.

**DANEBEN GILT ES**, die Universität Basel strukturell möglichst einfach zu organisieren. Im Vordergrund sollten nicht teure Zukunftspläne stehen, sondern eine möglichst effiziente Weiterentwicklung der heutigen Forschungs- und Ausbildungsstandards, verbunden mit einer schlanken Organisation. thomas.daehler@azmedien.ch

## Atomstrom: Risiko für EBM und EBL

Die Stromproduktion aus Atomenergie wird wohl nicht aus politischen Gründen scheitern, sondern weil sie nicht rentabel ist: Bisher sei der Strom zu billig verkauft worden, da man nicht alle Kosten berücksichtigt, sagt der Finanzexperte Kaspar Müller im Interview mit der bz. Weiter warnt er, die AKW Leibstadt und Gösgen hätten zu wenig Eigenkapital und müssten saniert werden. Dies sei nicht nur betriebswirtschaftlich, sondern auch für die Allgemeinheit ein Risiko, denn die Energieversorgung sei systemrelevant und geniesse eine Staatsgarantie. (DH) **Seite 32**



HEUTE IN DER ZEITUNG	
Inland	Seiten 4, 5
Ausland	Seite 8
Wirtschaft	Seiten 9, 11, 12
Börse	Seite 10
Stellen	Seiten 20, 21
Todesanzeigen	Seite 22, 23
Nachbarschaft	Seite 37
Kino	Seite 40
TV/Radio	Seiten 44, 45
Agenda	Seite 46
Wetter	Seite 47
Leserbriefe	Seite 48

**ST. OFFEN**  
**SONNTAG**  
**28. OKTOBER**  
**13-18 UHR**  
 MANORA RESTAURANT AB 11 UHR.  
  
**ST. JAKOB-PARK SHOPPING CENTER**

# Atomkraftwerke benötigen finanzielle Nachrüstung

**Strompreis** Finanzexperte Kaspar Müller warnt vor Eigenkapitalmangel der AKW und sieht darin Risiken für EBL und EBM

VON DANIEL HALLER

## Herr Müller, wie steht es mit der Wirtschaftlichkeit der Atomkraftwerke?

**Kaspar Müller:** Aus meiner Optik schlecht. So müsste beispielsweise das Kernkraftwerk Gösgen (KKG) nach dem Buchstaben des Gesetzes entweder Konkurs anmelden oder die Eigentümer müssten neues Kapital in Milliardenhöhe einschiessen.

## Warum?

In der Bilanz verbucht das KKG seinen Anspruch an den staatlichen Entsorgungsfonds mit 1,4 Milliarden Franken auf der Aktiv-Seite. Weiter hinten im Geschäftsbericht steht dann in einer Fussnote, der Marktwert der Wertschriften in diesen Fonds liege 361 Millionen Franken unter den ausgewiesenen Ansprüchen. Im Obligationenrecht (OR) steht: «Wertschriften mit Kurswert dürfen höchstens zum Durchschnittskurs des letzten Monats bewertet werden.» Verfährt man gemäss OR, ist also das Eigenkapital um 361 Millionen tiefer als die 347 Millionen Franken, die in der Bilanz stehen: Es beträgt minus 14 Millionen. Ein negatives Eigenkapital bedeutet eigentlich den Gang aufs Konkursamt – es sei denn, man saniert die Bilanz gemäss Artikel 725 OR mit neuem Geld.

## Weshalb passiert dies nicht?

Das KKG und das Kernkraftwerk Leibstadt (KKL) sind zwar Aktiengesellschaften, aber das Kapital liegt eigentlich bei den Eigentümern, also unter anderen Alpiq, Axpo, BKW oder AEW, die gemeinsam als Partner die Kraftwerke betreiben. Diese Partner kommen für die Kosten der Kernkraftwerke auf.

## Dann ist finanziell ja alles okay.

Nein, das Eigenkapital der Kernkraftwerke ist zu niedrig. Es ist so gering, dass bereits die Kursschwankungen der Wertpapiere in den staatlichen Fonds im Fall KKG die Bilanz zum Sanierungsfall machen. Ein zu tiefes Eigenkapital bedeutet, dies hat man bei den Grossbanken gesehen, ein massives Risiko.

## Und was bedeutet dies?

Die Kernkraftwerke berücksichtigen nicht alle Kosten und weisen deshalb zu tiefe Produktionskosten in ihren Geschäftsberichten aus. Würde man transparent alle Kosten berücksichtigen, dann würden sich Kosten zeigen, die deutlich über den möglichen Erlösen im Stromhandel liegen, mindestens 8 bis 10 Rappen anstatt, wie heute angegeben, vier bis fünf Rappen.

## Dafür kommen die Muttergesellschaften aber billig an den Strom.

Dass die Kapitalkosten der Muttergesellschaften nicht einkalkuliert sind, ist eine Form der Quer-Subventionierung. Darauf deutet auch die fehlende Transparenz der Geschäftsberichte hin: Obwohl beispielsweise die Axpo mehr als die Hälfte der Energie aus Kernkraftwerken bezieht, findet man nichts zur Ertragskraft dieser für das Unternehmen so wichtigen Sparte. Auch Alpiq sagt dazu nichts. Selbst der Bundesrat stellte 2008 fest: «Da verschiedene Kostenelemente nicht, nur vage oder nur mit entsprechenden Annahmen vorliegen, kann eine seriöse Berechnung der (Real-)kosten der Kernenergie nicht erfolgen.» Und da, wo es einen Geschäftsbericht gibt, nämlich für Leibstadt und Gösgen, gibt es starke Anzeichen, dass die Stromproduktion zu den aktuellen Preisen unrentabel ist.

## Und weshalb soll es mich stören, wenn man mir den Atomstrom billiger verkauft, als er eigentlich sein müsste?

Als Konsument könnte mir das ja egal sein, aber die Energieversorgung ist systemrelevant. Axpo, Alpiq und BKW



Müller: «Die Kernenergiebranche hat den Charakter von strukturierten Produkten, die aufgrund ihrer Intransparenz hohe finanzielle Risiken bergen.» KEN

## Zur Person

**Kaspar Müller** (60) lebt in Binningen. Er studierte Ökonomie an der Universität Basel, war unter anderem bei der Bank Sarasin in den Bereichen **Finanzanalyse**, Strategieplanung und Corporate Finance tätig und befasst sich seit 1990 als **unabhängiger Ökonom** mit den **Schnittstellen zwischen Ethik, Nachhaltigkeit und Wirtschaft**. Heute ist er unter anderem **Präsident der Stiftung Ethos** und des Verwaltungsrates der Ethos Services SA sowie **Präsident der responsAbility Social Investments AG, Zürich**. Zudem vertritt er die Erbengemeinschaft von **Bruno Manser**. (DH)

sind Teil des Too-big-to-fail-Reports. Dies deutet auf eine Staatsgarantie hin. Und in der Tat: Zum Fonds, den die Kernkraftwerke für die Endlagerung des Atommülls und den Rückbau der Anlagen aufrufen müssen, steht im Artikel 80 Kernenergiegesetz, dass die Kraftwerke Geld nachschliessen müssen, falls es nicht reicht. Dann aber heisst es: «Ist die Deckung des Differenzbetrages für die Nachschusspflichtigen wirtschaftlich nicht tragbar, beschliesst die Bundesversammlung, ob und in welchem Ausmass sich der Bund an den nicht gedeckten Kosten beteiligt.» Dann bezahlen also wir Steuerzahler.

## In den Bilanzen finden sich auch zukünftige Kosten für Nachbetrieb, Stilllegung und Entsorgung als Aktivum. Ist dies korrekt?

Aus meiner Perspektive nicht: Diese Mittel sind zweckgebunden für Ausgaben, die aufgrund der Besonderheiten der Nukleartechnologie erst in Zukunft anfallen werden. Sie stehen also der Firma nicht zur Verfügung, um heutigen Verpflichtungen – beispielsweise im Haftungsfall – nachzukommen. Nimmt man aber diese Posten, wie ich es für korrekt halten würde, aus der Bilanz raus, ist man im Fall Gösgen bei einem Minuskapital von rund einer Milliarde.

## Spielt diese eine Rolle? Die Partner, also die Muttergesellschaften, ste-

## hen doch dafür gerade.

Wir lesen dauernd in der Zeitung, dass diese Partner finanzielle Probleme haben. Die Alpiq-Aktie hat einen ähnlichen Absturz erlebt wie die Grossbank-Aktien. Zudem ist das Kapital der Partner nicht nur für die Sicherung ihrer Kern-, sondern auch ihrer anderen Kraftwerke bestimmt. Die Kernenergiebranche hat den Charakter von strukturierten Produkten, die aufgrund ihrer Intransparenz hohe finanzielle Risiken bergen, die man – die Erfahrung der Finanzkrise zeigt es – leicht übersieht. Dies gilt erst recht für eine Industrie, die schon bei ihrer Gründung ins Gesetz schreiben liess: Wenn's nicht reicht, zahlt der Bund.

## Verstecken alle Atomkraftwerke ihre Finanzprobleme auf diese Art?

Nein. Mühleberg bewertet beispielsweise die Fonds korrekt – und zwar, weil das Kraftwerk zu 100 Prozent der BKW gehört. Da tut sich kein finanzielles Niemandsland zwischen den Partnern und der Betreibergesellschaft auf. Mühleberg sagt entsprechend, der Atomstrom koste 7 Rap-

**«So müsste beispielsweise das Kernkraftwerk Gösgen entweder Konkurs anmelden oder die Eigentümer müssten neues Kapital in Milliardenhöhe einschiessen.»**

pen. Da haben sie zwar immer noch vieles aus der Kalkulation ausgeklammert, doch dies zeigt, dass meine Analyse in die richtige Richtung weist.

## Der Alpiq gehören 40 Prozent des KKG und 32 Prozent des KKL. Die beiden Baselbieter Energie-Genossenschaften EBM und EBL sind mit 14 und 7 Prozent an der Alpiq beteiligt. Zusammen gehören ihnen indirekt also rund 8 Prozent Gösgens und 6 Prozent Leibstadts. Womit müssen sie rechnen?

Wenn man die Kernkraftwerks-Bilanzen saniert, wird dies die Partner belasten. Somit werden deren Eigentü-

## Besitzverhältnisse

An der **Kernkraftwerk Leibstadt AG (KKL)** sind sieben Partner beteiligt: AEW Energie AG (5,4 %), **Alpiq AG (27,4 %)**, **Alpiq Suisse SA (5,0 %)**, Axpo Power AG (22,8 %), BKW FMB Beteiligungen AG (9,5 %), Centralschweizerische Kraftwerke AG (CKW, 13,6 %), Axpo Trading AG (16,3 %). Die Geschäftsleitung liegt bei der Axpo. An der **Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG)** sind fünf Partner beteiligt: **Alpiq AG (40%)**, Axpo AG (25%), Stadt Zürich (15%), die Centralschweizerischen Kraftwerke (CKW, 12,5%), Energie Wasser Bern (ewb, 7,5%). Die Geschäftsleitung liegt bei der Alpiq. (DH)

mer neben dem Verzicht auf Dividenden auch hohe Kapitalsummen einschliessen müssen. Denkbar ist, dass dann die Partner selbst auch refinanziert werden müssen. In jedem Fall muss man mit höheren Strompreisen rechnen.

## Was müssten die Baselbieter Genossenschaften unternehmen?

Solange sie an einem Konzern beteiligt sind, der massgeblich an Kernkraftaktivitäten beteiligt ist, tragen sie Verantwortung dafür, dass später nicht massive Zahlungen auf die Steuerzahler zukommen. Zweitens: Es genügt nicht, nur die ausgewählten Rechnungslegungsstandards zu erfüllen, sondern die Verwaltungsräte tragen die Mitverantwortung, dass auch die gesetzlichen Vorgaben des OR eingehalten werden. In diesem Sinn müssten sie für beide Kraftwerke eine Sonderprüfung beantragen.

## Was würde dies ändern?

Man muss dringend Klarheit über die Finanzrisiken bekommen. Dies müssen alle fordern, die an der Eigentümerkette beteiligt sind. Nehmen wir als Beispiel einen anderen Bereich mit finanziellen Problemen: Bei den Pensionskassen diskutiert man Lösungen wie Beiträge erhöhen, Umwandlungssatz und Mindestzinssatz senken etc. Umso erstaunlicher ist es, dass bei Kernkraftwerken deren Aktionäre, Verwaltungsräte und die

Politiker die bisherige Intransparenz hinnehmen.

## Kann man Atomenergie mit Pensionskassen vergleichen?

In beiden Fällen legt man Geld für die Zukunft zurück, einmal für die Altersvorsorge, einmal für Abbruch und Entsorgung der Anlagen. Bei den Pensionskassen passt man aber laufend den Mindestzinssatz der Wirtschaftslage an. Bei den Entsorgungsfonds rechnet man aber immer noch mit 5 Prozent – ein Zins, der aktuell illusorisch ist. Würde man mit einem realistischen Zins rechnen, müsste man heute schon viel mehr in den Fonds einzahlen, um den in der Zukunft angestrebten Betrag zur Verfügung zu haben.

## Wenn also Verluste verschleiert werden: Wem nützt dies?

Finanziell ist das Ganze so aufgebaut, dass es nur aufgeht, wenn die Kraftwerke die volle Laufzeit erreichen. Es sind keine Reserven einkalkuliert und man ging immer vom bestmöglichen Fall aus. Deswegen wollen die Betreiber die Kraftwerke nun unbedingt weiterlaufen lassen, auch auf die Gefahr hin, dass man die zusätzlichen Nachrüstkosten aufgrund der veränderten Preisverhältnisse im Strommarkt gar nicht mehr amortisieren kann. Letztlich nützen solche verschleierte Konstrukte niemandem und die Verwaltungsräte der Kernkraftwerke täuschen nicht zuletzt sich selbst.

## Was wäre in dieser Lage eine gangbare Lösung?

Man müsste beispielsweise die Staatsgarantie in Form der Nachschusspflicht des Bundes streichen und die Verzinsung zu 5 Prozent der Entsorgungsfonds auf ein realistisches Niveau senken. Dann müsste man eine Behörde einsetzen, die vorschreibt, wie hoch das Eigenkapital der Kraftwerke sein muss. Ich habe aber Zweifel, ob dann der Strom noch zu realistischen Preisen absetzbar wäre. Eine weitere, rein theoretische Möglichkeit wäre, die Löcher einfach aus der Staatskasse zu stopfen und dafür die Steuern zu erhöhen. Das wäre aber reine Planwirtschaft, und das will wohl niemand.